

Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau**24. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2022/2023**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 21. August 2024 den 24. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit 2022/2023 an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Im Berichtszeitraum 2022/2023 sind die Schwerpunkte der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) die Arbeitsbereiche Gewalt gegen Frauen, Arbeit und Wirtschaft, Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie, Berufsorientierung, Digitalisierung, Mädchenarbeit, Rechtsangelegenheiten, öffentlicher Dienst, Beschwerdestelle für sexistische Werbung, Gesundheit, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft gewesen. Die ZGF hat in den dargestellten Arbeitsbereichen gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag darauf hingewirkt, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung der Frau in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft erfüllt wird. In § 2 des Errichtungsgesetzes der ZGF ist festgeschrieben, dass sie mit Frauenorganisationen und anderen, mit Frauenfragen befassten Einrichtungen zusammenarbeitet. Ferner ist sie von anderen Behörden über Maßnahmen, die sich auf die Gleichberechtigung und die Gleichstellung auswirken, bereits im Planungsstadium zu unterrichten und zu beteiligen.

In seiner Sitzung am 11. September 2024 erörterte der Ausschuss die beratungsbedürftigen Punkte mit der Landesbeauftragten für Frauen. Schwerpunkt der Beratungen waren die Berichtsthemen Gewalt gegen Frauen sowie Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationsbiografie.

Ein zentrales Anliegen des Ausschusses ist es geeignete Lösungen zu erarbeiten, um den von Gewalt betroffenen Frauen einen umfassenden Schutz und bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Nach Auskunft der ZGF bestehe auch in den Medien mittlerweile ein erhöhtes Bewusstsein für Gewaltschutz, was der Ausschuss als positiv bewertet.

Allerdings sei in diesem Bereich nach wie vor Sensibilisierung notwendig. Hintergrund seien verfestigte Gesellschaftsstrukturen, die Frauen benachteiligten und diskriminierten bis hin zum Tod. Deswegen bietet die ZGF einen Workshop für Medienschaffende an, um bessere Aufmerksamkeit zu schaffen. Der Ausschuss begrüßt es, dass dieses Thema im Land Bremen priorisiert wird und über die Wichtigkeit ein weiter politischer Konsens besteht. Dazu trage auch der Landesaktionsplan zur Istanbul-Konvention bei, an dessen Erstellung die ZGF in hohem Maße beteiligt gewesen ist. Bedenklich bewertet der Ausschuss den Umstand, dass das Hilfesystem in Bremerhaven ausbaufähig sei. Dies sei eine besondere Herausforderung in Anbetracht der angespannten finanziellen Haushaltslage.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der ZGF im Berichtszeitraum 2022/2023 ist das Thema Frauen auf dem Arbeitsmarkt gewesen. Insbesondere der Arbeit im Rahmen der Initiative „Vielfalt vor! Frauen, Migration, Arbeit“ spricht der Ausschuss sein ausdrückliches Lob aus. Der Ausschuss bewertet es als problematisch, dass die Quote der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund deutlich unter der Quote von Menschen ohne Migrationshintergrund liege. Der Anteil von Frauen sei wahrscheinlich weitaus geringer, Zahlen gebe es hierzu jedoch nicht. Die Forderung der ZGF zu diesem Thema eine landesweite Strategie zu erarbeiten, nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Nach Auffassung der ZGF sei ein starkes Netzwerk aus Politik, Wirtschaft und sozialen Partner:innen notwendig, um das Thema in den Fokus zu nehmen. Es sei ein Verlust für die Frauen selbst, wenn sie nicht in den Arbeitsmarkt integriert würden, aber auch für den Arbeitsmarkt insgesamt. Es handle sich außerdem um eine wichtige und notwendige Integrationsmaßnahme, da gerade Mütter eine wichtige Rolle bei der Integration spielten.

Die Fraktion der SPD bedankt sich für die kritische, aber zugleich konstruktive Einschätzung der Landesfrauenbeauftragten. Besonders positiv hervorzuheben sei, dass der Senat Vorschläge der ZGF annehme und der Empfehlung, pädagogische Beschäftigte bei der Kita-Platzvergabe zu priorisieren, kürzlich gefolgt sei. Dadurch könne bewirkt werden, dass Mitarbeitende zügiger in ihren Beruf zurückkehrten, mit mehr Stunden in diesem verblieben oder ihre Arbeitszeit aufstockten. Weiter bewertet die Fraktion der SPD es als erfreulich, dass die ZGF die Idee einer Reformation der Erzieher:innenausbildung unterstütze. Die qualitative Ausbildung des Personals sei wichtig, da es im Kern auch um die Bildung der Kinder gehe. Allerdings halte die ZGF eine Reform des Ausbildungswesens derzeit nicht für realistisch, da zu viele akute Notwendigkeiten im System bestünden.

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt, dass sich die ZGF über das bremer forum frauengesundheit regelmäßig in aktuelle Diskussionen und Problemlagen einbringe, beispielsweise bei der Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen oder bei den Quartiersgesundheits- sowie

Hebammencentren. Die Expertise und die Kritik der ZGF werde in die künftige parlamentarische Arbeit einfließen.

Der Ausschuss für die Gleichstellung der Frau spricht der ZGF ausdrücklich seine Anerkennung für die vielfältigen Tätigkeiten aus und betrachtet die Arbeit der ZGF als elementare Grundlage für die Arbeit im Gleichstellungsausschuss.

Der Bericht gibt ein eindringliches Bild über die Herausforderungen einer Geschlechterpolitik in den aktuellen Verhältnissen und ist als Institution für den Gleichstellungsausschuss unerlässlich. Durch den Tätigkeitsbericht der ZGF wird erneut deutlich, dass die Verwirklichung einer geschlechtergerechten Gesellschaft immer noch vor vielen Herausforderungen steht und es weiterhin einer Platzierung der Themen und einer breiten Debatte in der Gesellschaft bedarf.

Es wird gebeten den Bericht als dringlich zu behandeln.

Selin Arpaz
Vorsitzende